

## **Hamelns Oberbürgermeisterin überrascht auch die Genossen**

**Aus-die-Maus: Susanne Lippmann tritt "aus persönlichen Gründen" nicht wieder an und hüllt sich über die Motive in Schweigen**

**Hameln (wbn). Susanne Lippmann will nicht mehr. Jetzt hat die lokale SPD wieder eine wichtige Schlüsselstelle im Weserbergland neu zu besetzen, nachdem gerade erfolgreich der neue Landrat Tjark Bartels im Hamelner Kreishaus installiert worden war.**

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Hameln hat heute Nachmittag überraschend zu einer Pressekonferenz ins Hamelner Rathaus einladen lassen und eine Personalie in eigener Sache mitgeteilt. Sie stehe für eine erneute Kandidatur „nicht zur Verfügung“. Die Rathaus-Chefin sprach dabei von einer „persönlichen Entscheidung“. Sie habe sehr viel Freude an ihrer Tätigkeit, doch von einer weiteren Amtszeit wolle sie nach reiflicher Überlegung „Abstand nehmen“, sagte sie im Beisein des Vorsitzenden der Hamelner SPD Herbert Meistering.

Fortsetzung von Seite 1

Eine „Reihe von Überlegungen“ habe bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt. Neben privaten Gründen nennt die Oberbürgermeisterin die Tatsache, dass sie „bereits seit mehr als 20 Jahren das kommunale Geschehen in unterschiedlichsten Funktionen gestalten durfte“. Seit 2006 ist Lippmann Oberbürgermeisterin „dieser wunderbaren Stadt“ und sie sei stolz auf das Erreichte. Jetzt sei noch ausreichend Zeit für die SPD, eine Kandidatin beziehungsweise einen Kandidaten zu finden, die oder der für die nächsten sieben Jahre die Geschicke der Stadt

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 28. Oktober 2013 um 19:11 Uhr

---

leiten solle.

Lippmanns Amtszeit endet am 31. Oktober 2014. Die parteilose Politikerin, die sich gleichwohl stets auf die Unterstützung durch die Hamelner Sozialdemokraten verlassen konnte, wird am 31. Oktober 2014 aus dem Amt scheiden. Sie ist damit seit sieben Jahren in ihrem Hamelner Rathaus-Job tätig und die erste hauptamtliche Oberbürgermeisterin in Niedersachsen.

Die nächste Wahlperiode wird nach einer Änderung des Gesetzes eine Amtszeit von nur sieben Jahren umfassen.